

Beschluss des Landesausschusses der CDU Hamburg am 4.07.2017

Für eine Renaissance der historisch-politischen Bildung

Auch wenn die Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, dass „Freiheit und Demokratie nur so lange Bestand haben können, wie sie von mündigen Bürgern gelebt und gegen ihre Feinde verteidigt werden“, selbstverständlich klingt, so ist für das Gestalten der demokratischen Gesellschaft ein Fundament an Wissen und Kenntnissen der historischen und politischen Bildung notwendig. An diesem Fundament arbeiten Politik, Bildungseinrichtungen und weitere Akteure der politischen Bildung gleichermaßen.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte die historisch-politische Bildung immer einen besonderen Platz. Der Grund war nicht nur Folge der eigenen deutschen und europäischen Geschichte im letzten Jahrhundert, sondern auch ein Ergebnis der Wahrnehmung undemokratischer und diktatorischer Systeme, Staaten oder Bestrebungen innerhalb und außerhalb der jungen Bundesrepublik. Hierbei wurden selbst in den schärfsten ideologiegeleiteten Phasen der westdeutschen politischen Auseinandersetzung die politischen Grundsätze der neuen demokratischen Bundesrepublik nie in Frage gestellt. Allen Anfeindungen radikaler Strömungen entgegen stellte sich mutig und kraftvoll ein demokratisches Grundverständnis der Bundesrepublik. Dazu gehörte ein grundsätzlicher Konsens über die Bedeutung der demokratischen politischen Bildung, der unter anderem im „Beutelsbacher Konsens“ des Jahres 1976 im schulischen Bereich mit den Forderungen nach Überwältigungsverbot, Schülerorientierung und Kontroversität seinen Niederschlag fand. Die politische Bildung hatte insoweit ihre historisch-politische Begründung und bekam viel Raum. Und auch an Anerkennung fehlte es der politischen Bildungsarbeit nicht: „Demokratie muss immer wieder neu gelehrt und gelernt werden. Die Träger politischer Bildungsarbeit leisten hier viel für unsere Demokratie. Deshalb steht der Staat auch in der Pflicht, die Bildungsträger bei ihrer Arbeit zu unterstützen, genauso wie diese in der Pflicht stehen, die Adressatinnen und Adressaten mit ihrer Bildungsarbeit auch wirklich zu erreichen,“ so Bundestagspräsident Norbert Lammert.

Mit dem Mauerfall und dem Ende des Ost-West-Konfliktes war die freiheitlich-demokratische Grundordnung durchgesetzt. Deutschland und Europa sollten vereint das gemeinsame Bollwerk

für Demokratie und deren Werte sein. Über ein Vierteljahrhundert hinweg entwickelte sich eine zumindest angenommene nachhaltige Demokratisierung der deutschen und europäischen Gesellschaft. Die Folge war aber auch eine schwindende Einsicht in die Notwendigkeit, Grundelemente der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nachhaltig gerade im schulischen Bereich zu vermitteln. Bundestagspräsident Norbert Lammert verweist auf eine "schleichende Wahrnehmungslücke"; Politische Bildung müsse sich heute in Deutschland mehr denn je die "Einsicht zu ihrer Notwendigkeit" erkämpfen.

Gerade im schulischen Bereich hat die politische Bildung in den letzten Jahren einen Bedeutungsverlust erleiden müssen. Der PISA-Schock 2001 führte zu einer Verlegung der bildungspolitischen Schwerpunkte in Deutschland und Europa. Höhere Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft in einzelnen Fächern wie Mathematik oder Naturwissenschaften oder die Schaffung neuer Schwerpunktfächer wie Informatik sind verständlich und erklärbar, führten aber in der Wahrnehmung zu diesem Bedeutungsverlust der historisch-politischen Bildung. Bundesweit wird immer weniger Geschichtsunterricht oder Politikunterricht erteilt. In vielen Klassenstufen haben die Kinder und Jugendlichen lediglich eine Stunde pro Woche. In Hamburg schreibt die Stundentafel für das Gymnasium mindestens 19 Wochenstunden in den Klassenstufen 5 bis 10 für Gesellschaftswissenschaften vor. Darunter fallen die Fächer Geographie und Geschichte in den Klassenstufen 5 und 6, Geographie, Geschichte und PGW (Politik – Gesellschaft – Wirtschaft) in den Klassenstufen 7 bis 10. Früher wurde allein Geschichte durchgehend von Klasse 6 bis 10 unterrichtet; in Klasse 10 kam der Unterricht im Fach Sozialkunde hinzu. Und nicht zu vergessen die Vorstufe, die es in dieser Form im G8 nicht mehr gibt: ein zusätzliches Schuljahr, in dem GMK (Gemeinschaftskunde) neu aufgenommen wurde. Und auch in der Studienstufe war früher ein dreistündiger Kurs GMK über alle vier Semester Pflicht.

Die Beispiele zeigen, dass der politischen Bildung im Gegensatz zu anderen Fächern in der Schule weniger Bedeutung beigemessen wird. Wissen und Kenntnisse darüber werden als selbstverständlich erachtet und übersehen, welche Folgen eine fehlende Vermittlung der historisch-politischen Zusammenhänge haben kann. Die Identitäten des demokratischen Bewusstseins können verloren gehen, wenn die historische Begründung der Entwicklungen der letzten sechzig Jahre nicht mehr erfasst wird. Statt einer nachhaltigen politischen Debatte im Kontext historischer Zusammenhänge erleben wir mehr und mehr das neue „Twitter-Zeitalter“. Wenn der US-amerikanische Präsident schon von alternativen Fakten lebt, wenn in der Türkei Meinungsfreiheit und Opposition binnen weniger Wochen eliminiert werden oder man in Deutschland Politiker schon selbstverständlich als Volksverräter beschimpfen kann, dann haben wir ein Problem. Radikalisierungen und das Leben mit Unwahrheiten werden mittlerweile unkritisch und unreflektiert hingenommen, ja sogar gesellschaftlich akzeptiert und unterstützt.

Deshalb schreitet die Komplexität und Vielschichtigkeit der Welt von heute mit ihren Gefahren der Aufgabe ethischer Grundsätze ja geradezu nach Erklärung und Aufklärung. Das große Ganze gerät ins Schwimmen, oder wie Norbert Lammert bemerkt: „Nie hat man so viel über einen Sachverhalt gewusst, aber so wenig Zusammenhang erkannt!“ Die Wahrnehmung und Entscheidung erfolge daher in vielen Fällen aus dem Bauch heraus, nicht aus dem Kopf. Dem entgegenzuwirken, müsse Auftrag der politischen Bildung sein. Im Zeitalter des schnellen Informationsaustausches gebe es trotz der Fülle an Informationen keine Orientierung mehr. Gerade heute müsse die politische Bildung Kenntnisse vermitteln, Orientierung ermöglichen, Werte begründen und zum Engagement in der Gesellschaft ermutigen. Sie dürfe dagegen keine akademische Trockenübung sein, sondern müsse vielmehr den organisierten Spagat von Theorie und politischer Praxis verkörpern, und das vor geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Es braucht heute einen Aufschrei gegen Polarisierung und Radikalisierung, es braucht Zivilcourage gegen Indoktrination und Gefährdung der freiheitlichen-demokratischen Substanz, es braucht eine Repolitisierung der Gesellschaft und eine Renaissance der historisch-politischen Bildung.

Die CDU Hamburg beschließt:

Der historisch-politischen Bildung wird auf allen Ebenen (Bund, Land und Kommune) und in allen Bereichen (schulischer und außerschulischer Bereich) wieder mehr Bedeutung beigemessen.

1. In der Grundschule soll bereits verstärkter mit der Werteerziehung begonnen und dafür u.a. die kindgerechten Arbeitsmaterialien der Bundeszentrale für politische Bildung genutzt werden.
2. Die Fächer Geschichte, Politik und Gesellschaft (mit Wirtschaft und Recht) sind in der Mittel- und Oberstufe der weiterführenden Schulen wieder aufzuwerten. Die Stundentafeln der entsprechenden Fächer sind aufzustocken und die Bildungspläne wieder mit mehr verpflichtenden Inhalten anzureichern. Schülerinnen und Schüler sollten ein abzuprüfendes Grundwissen in diesem Bereich nachweisen, wenn sie einen ersten allgemeingültigen Schulabschluss erwerben wollen.
3. Insbesondere Demokratietheorien, die deutsche Geschichte im europäischen Kontext und die Stärkung des europäischen Gedankens müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden.
4. Die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung sollen zukünftig einen verpflichtenden Berlinaufenthalt in der Klassenstufe neun oder zehn organisieren und hauptverantwortlich durchführen. Schulen und Lehrkräfte sollen dabei weitestgehend in

der Organisation zu entlasten, Schulen und Eltern sind von der Finanzierung weitestgehend frei zu stellen.

5. Der hohen Nachfrage von Schülergruppen sollte durch eine Erhöhung der Kontingentfahrten für Bundestagsabgeordnete, die pro Abgeordneten derzeit insgesamt 230 Plätze jährlich umfassen, speziell für Schulklassen gerecht werden. Dadurch erhält eine noch größere Anzahl an jungen Menschen einen unmittelbaren Einblick in den politischen Betrieb und kann so womöglich die politischen Prozesse in Zukunft besser nachvollziehen und beurteilen. Eine Erweiterung der Breitstellung von Berlinfahrten (Fraktionen der Landtage etc.) sollte geprüft werden.
6. Politische Veranstaltungsformate für Jugendliche sollten nicht nur mit Blick auf die Bundespolitik, sondern gezielt regional (Kommunalpolitik) und landesweit (Landespolitik) ausgebaut werden.
7. Verpflichtende landesweite Aktionstage zu bestimmten historischen und politischen Ereignissen und Jahrestagen sollten in den Schulen durchgeführt werden, um die Auseinandersetzung mit entsprechenden Themenstellungen zu stärken. Eine stärkere Darstellung über digitale Medien (Apps etc.) sollte aufgebaut werden.
8. Der Bereich der „Politische Bildung“ ist in die allgemeine Lehrerausbildung zu integrieren, unabhängig vom eigentlichen Fach der Lehrerausbildung. Ziel soll sein, das demokratische Grundverständnis der Lehrkräfte zu stärken, welches diese dann im Rahmen ihres Unterrichts vermitteln sollen.
9. Unternehmen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung sollten verstärkt Angebote für die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Bereich der politischen Bildung anbieten bzw. ihren Mitarbeitern entsprechende Freiräume für Fortbildungen außerhalb des Unternehmens gewähren. Des Weiteren sollten sich die Unternehmen im Bereich der politischen Bildung stärker engagieren, um das Demokratieverständnis öffentlich zu unterstützen und somit ein Statement gegen radikale Strömungen zu setzen.
10. Das Thema der Stärkung der historisch-politischen Bildung ist in das Wahlprogramm von CDU und CSU mit aufzunehmen. Die Landesgruppe der Hamburger CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg und die Bezirksfraktionen der CDU werden gebeten, die o.a. Forderungen aktiv zu unterstützen – soweit noch nicht geschehen.